

17. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

zum Antrag der Fraktion Die Linke

Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn (Drs. 17/0139)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktion Die Linke erhält folgende Fassung:

„Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, im Bundesrat dem Entschließungsantrag „Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch Implementierung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes“ (Drucksache 816/11) zuzustimmen.

Die Bundesregierung wird damit aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf für einen allgemeinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vorzulegen. Folgende Punkte sind dabei insbesondere zu berücksichtigen:

- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, der eine unterste Grenze des Arbeitsentgelts festsetzt, unterhalb derer keine Löhne und Gehälter vereinbart werden dürfen. Dieser Mindestlohn soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.
- Der Mindestlohn soll von einer unabhängigen Kommission nach dem Vorbild Großbritanniens (Low Pay Commission) jährlich überprüft und ein Vorschlag erarbeitet werden.

- Andere arbeitsvertragliche und tarifvertragliche Entgeltvereinbarungen sowie Entgeltfestsetzungen auf Grund anderer Gesetze sind nur zulässig, wenn sie ein höheres Arbeitsentgelt als den Mindestlohn vorsehen.
- Es findet eine Kontrolle der Einhaltung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes durch staatliche Stellen (Zollbehörden) statt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2012 zu berichten.“

Berlin, den 09. Februar 2012

Pop Bangert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf H. Wolf E. Breitenbach
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Baum Delius
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion